

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1919

**Stellungnahme des lvkm-sh zum Antrag „Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der
Verwaltung fördern“**

Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 19/980

Kiel, 17.01.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Antrag „Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern“.

Der Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Schleswig-Holstein e.V. (lvkm-sh) ist ein Eltern- und Fachverband mit 16 Mitgliedsvereinen, in denen über 1.000 Familien mit behinderten Kindern zusammengeschlossen sind. Seit fast 60 Jahren stehen bei uns Familien im Mittelpunkt, deren Kinder aufgrund ihrer komplexen Behinderung einen hohen Unterstützungsbedarf haben. Diese Familien sind zur Durchsetzung der Rechte ihrer Kinder durch einen hohen Bürokratieaufwand stark belastet. Sie sind überproportional häufig mit Anträgen und Bescheiden konfrontiert. Viele Menschen kommen in unsere Beratung, weil sie diese Schriftstücke nicht verstehen. Die Ansprechpartner für ihre Anliegen sind natürlich in erster Linie eher die kommunalen Verwaltungen. Trotzdem ist eine bürgerfreundliche und verständliche Sprache auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns notwendig und dringend überfällig. Dafür, wie es zu machen ist, gibt es viele Positivbeispiele und auch gute Ansätze bei den unterschiedlichsten Verwaltungen im Land. Sie zeigen, dass die Hürde zwischen Rechtssicherheit und Verständlichkeit zu nehmen ist.

Verwaltungen sollten Dienstleister sein, die die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Ansprüche beraten und unterstützen. Voraussetzung dafür ist eine verständliche Sprache. Sprache schafft Bewusstsein. Die schwer verständliche Sprache ist immer noch Ausdruck eines bestehenden Gefälles zwischen Bürger und Verwaltung. Sie trägt dazu bei, dass sich viele Menschen als Bittsteller bei der Wahrnehmung ihrer Rechte fühlen.

Wir wünschen uns, dass die Vereinfachung der Verwaltungssprache kein rein technischer Prozess wird. Die Initiative „Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern“ sollte auch eine gewisse Strahlkraft in Bezug auf Haltungen, Abläufe und Strukturen im Verwaltungshandeln haben.

Wir bedanken uns für die Anhörung und Beteiligung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Anita Pungs-Niemeier
(Vorsitzende)